

1. **Geringe Belastung mit radioaktiven Partikeln in Europa nach Fukushima** Nach der atomaren Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi im März untersuchten europäische Nuklearforscher im Rahmen eines europäischen Großprojektes, in welchem Ausmaß radioaktive Partikel nach dem Reaktorunfall nach Europa gelangten. Das Resultat: **Sehr geringe Belastung, keine Gefahr für die Bevölkerung** betonte Steinhauser, Strahlenphysiker an der TU Wien. Die gemessene Strahlung war demnach **zehntausend bis hunderttausend Mal schwächer als nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl**. Das liege einerseits an der großen Entfernung zwischen Österreich und Japan, andererseits auch daran, dass **in Fukushima doch viel weniger radioaktives Material in die Luft gelangte als in Tschernobyl**. Die wichtigsten radioaktiven Isotope, die bei solchen Unfällen in die Luft gelangen sind Cäsium-134, Cäsium-137 und Jod-131. "Nach diesen drei Isotopen" wurde sofort in ganz Europa gesucht. Erfreut zeigte sich Steinhauser über die "vorbildliche" Zusammenarbeit. Die europäischen Messstationen hätten jedes Konkurrenzdenken abgelegt und ihre Resultate in einem großen Datenpool gesammelt veröffentlicht - koordiniert von Olivier Masson aus Cardarache, Frankreich. (<http://derstandard.at> 19.09.2011)

2. **Gericht zweifelt an Brennelementesteuer Hamburger Finanzrichter haben einem Eilantrag des Kraftwerksbetreibers E.on stattgegeben. Die zum Jahresbeginn eingeführte Steuer ist womöglich nicht verfassungsgemäß.** Mit der Brennelementesteuer wollte Schwarz-Gelb ursprünglich die Gewinne der Energieversorger aus der Laufzeitverlängerung der KKW abschöpfen. Nach Ansicht des 4. Senats hat der Bund wahrscheinlich gar keine Gesetzgebungskompetenz zum Erlass einer Brennelementesteuer, weil es sich wohl nicht um eine Verbrauchssteuer handele. Neben E.on hatten auch die Konzerne [RWE](#) und [EnBW](#) rechtliche Schritte angekündigt. Seit Anfang des Jahres müssen Kernkraftwerksbetreiber laut Gericht für jedes verwendete Gramm Uran 233 und 235 oder Plutonium 239 und 241 jeweils 145 Euro Steuern bezahlen. (FTD, Focus online 19.09.2011)

3. **Kernkraftwerk- Neubaupläne in Südafrika** Die südafrikanische Energieministerin Dipuo Peters hat einen Vorschlag zum Bau neuer Kernkraftwerke freigegeben und plant, diesen in Kürze dem Parlament zu unterbreiten. Peters geht davon aus, dass das Parlament den Vorschlag zum Bau von bis zu sechs Kernkraftwerkseinheiten Ende des Jahres genehmigt. Damit könne die Ausschreibung 2012 beginnen. Den ersten nuklearen Strom der neuen Anlagen erwartet sie 2024 oder 2025. Die Kernenergie sei immer noch ein notwendiger Bestandteil des strategischen Plans. Südafrika verfügt bisher über zwei kommerzielle Kernkraftwerksblöcke, die 900-MW-Druckwasserblöcke Koeberg-1 und -2. Sie nahmen den Betrieb 1984 und 1985 auf. Quelle: M.A. nach NucNet, 16. September 2011 http://www.nuklearforum.ch/ebarticle.php?id=de-116487550462&art_id=de-131649952994&utm_source=twitterfeed&utm_medium=twitter

4. **Siemens zieht sich aus dem Atomgeschäft zurück.** Konzernchef Peter Löscher hat die Entscheidung als Antwort auf die klare Positionierung von Gesellschaft und Politik in Deutschland zum Ausstieg aus der Kernenergie dargestellt. **"Aber in Wirklichkeit steckt etwas anderes dahinter", sagt Journalist Stefan Lina** (der die Entwicklung im Siemens-Konzern seit langem intensiv verfolgt) im Gespräch mit Jule Reimer vom Deutschlandradio. Das ist die **Folge von Managementfehlern**. Siemens war über lange Jahre mit dem französischen Konzern Areva in einem Joint Venture verbunden, ist dann 2009 einseitig ausgestiegen und wollte sich einem russischen Partner zuwenden, und das sofort. Dagegen hat Areva geklagt, hat durchgesetzt, dass Siemens eine sehr hohe Schadenersatzzahlung leisten muss und bis 2013 Areva keine Konkurrenz machen darf. Das heißt, die Hinwendung an die russische Seite wäre ohnehin hinfällig gewesen. Siemens blieb eigentlich gar nichts anderes übrig, als jetzt auszusteigen. Auch wenn Siemens sich aus der Gesamtverantwortung des Atomkraftwerk-Geschäfts zurückzieht, kann Siemens Teile weiter liefern wie z.B. Turbinen und deren Wartung. Das heißt, man könnte jetzt auch weiterhin - und das hat Siemens auch vor - solche Turbinen verkaufen an Hersteller von Kernkraftwerken. Das heißt, man ist nicht mehr im atomaren Kern drin, aber dann in der weiteren Energieerzeugung. Ein Wiedereinstieg von Siemens ins Atomkraft-Energiegeschäft nach 2013 wäre theoretisch denkbar, aber mit sehr hohem Aufwand wegen des Know-How-Verlustes und unter Imageverlust. (www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/1558106/)

5. **Keine Windräder in Wäldern:** Der Niedersächsische Minister für Landwirtschaft und Forsten Gert Lindemann (CDU) hat der Errichtung von Windrädern in Waldgebieten eine strikte Absage erteilt. Vor allem im Harz waren Proteste gegen Pläne zum Bau von Windkraftanlagen aufgeflammt. (HAZ 20.09.2011)

6. **SHANGHAI Nach heftigen Protesten** haben die chinesischen Behörden die vorläufige **Schließung einer Fabrik zur Herstellung von Solaranlagen angeordnet** (die Firma beschäftigt mehr als 10.000 MA). Die Entsorgung der Industrieabfälle der Fabrik entspreche nicht den seit April geltenden Vorschriften. Hunderte Bewohner eines nahe gelegenen Dorfes hatten mehrfach gegen die Fabrik protestiert, nachdem in einem nahen Fluss eine große Zahl toter Fische gefunden worden war. Die Demonstranten machen die Fabrik auch für 31 Krebserkrankungen von Anwohnern verantwortlich. Sorge vor Gefahren für Gesundheit und Umwelt hat in China in den vergangenen Jahren immer wieder zu heftigen Protesten gegen Industrieprojekte geführt. Erst Mitte August hatten die Behörden in der Stadt Dalian nach massiven Protesten die sofortige Stilllegung einer Chemiefabrik angeordnet. (www.taz.de 19.09.2011)